

Text: Winfried Kretschmer

Artikeltags: Arendt, Hannah; Aristoteles; Bildung; Bürgermacht; Demokratie; Demokratie, attische; Hessel, Stéphane; Ober, Josiah; Partizipation; Protest; Roth, Roland; Stuttgart 21; Weisheit der Vielen

## Die Macht des Teilhabens

Die neuen Protestbewegungen, die Weisheit der Vielen und der Wunsch nach mehr Partizipation – ein Interview mit Roland Roth

Die Weisheit der Vielen. Leitmotiv der Internetkultur, und doch mehr als zweitausend Jahre alt: Kluge Entscheidungen zu treffen durch Beteiligung aller Bürger, war die Grundidee der attischen Demokratie. Sie erlebt heute eine Renaissance – als Protestbewegung gegen eine autoritäre oder minimaldemokratisch verkürzte Politik wie in einer Kultur der Vernetzung und des Mitmachens im Internet. Die Zeichen stehen auf Beteiligung und Teilhabe. In Politik und Gesellschaft wie in der Wirtschaft.



*Empört Euch!*, der Titel der kleinen Flugschrift von Stéphane Hessel wurde zum Leitmotiv einer länderübergreifenden Protestbewegung, die für viele überraschend kam. So auch für den Politikwissenschaftler und Protestforscher Roland Roth, als er an einem Buch mit einem damals ganz und gar nicht spannenden Thema arbeitete: Protest und Partizipation. Heute ist es in aller Munde. Und Querverbindungen tun sich auf: zur Internetkultur und zur Leitidee der Demokratie des antiken Griechenlands.

Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er arbeitete außerdem an der University of California, am Wissenschaftszentrum Berlin und an der Universität Wien. Roth war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages "Zukunft des bürgerchaftlichen Engagements". Sein wissenschaftliches und politisches Interesse gilt vor allem den Themen-

feldern Demokratie, soziale Bewegungen, Integration, Bürger- und Menschenrechte. In der edition Körber-Stiftung ist in diesem Herbst sein neues Buch *Bürgermacht* erschienen.

**Roland, aus Deinem Buch spricht auch Überraschung über die unerwartete Renaissance des Protests: Nach Jahren der Ruhe formierten sich in ganz unterschiedlichen Ländern mit ganz unterschiedlichen Themen und Anlässen plötzlich Protestbewegungen. Wie kam es zu diesem Gleichklang?**

Das wissen wir eigentlich nicht so genau. Mitte der 1960er-Jahre haben wir schon einmal ein wechselseitiges Sich-Verstärken von an sich unabhängigen Protesten erlebt, als Befreiungsbewegungen, antikoloniale Proteste und die Studentenbewegungen in Europa und USA zusammengewirkt haben. Herbert Marcuse sprach damals von einem "Syndrom". Offensichtlich wird ein solches Zusammenwirken in den jeweiligen Bewegungen als Ermutigung erfahren, auch wenn die einzelnen Proteste eine ganz andere Agenda und die Akteure nur wenig miteinander zu tun haben.

Genauso ist es heute. Der arabische Frühling hat sicher andere Hintergründe als die Proteste gegen Sparprogramme und Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa oder gar die Anti-AKW-

Proteste, die durch Fukushima einen besonderen Schub bekommen haben. Es gibt keine gemeinsame Ursache, es ist ein eher zufälliges Zusammenspiel, aber es gibt ein wechselseitiges Sichverstärken, weil es an vielen Ecken der Welt zu einer Vitalisierung des Protests kommt und "auf der Straße sein" plötzlich wieder eine neue Aktualität erhält. Und wie in der Mitte der 1960er-Jahre gibt es auch heute Intellektuelle, die mehr oder weniger in allen Bewegungen wahrgenommen werden – wie Stéphane Hessel, der mit seinem Buch *Empört Euch!* einen Nerv getroffen hat und in Spanien und Frankreich ebenso gelesen wird wie bei uns, obwohl die jeweiligen politischen Verhältnisse und Problemlagen doch sehr unterschiedlich sind.

**Gibt es in diesen sehr heterogenen Protesten so etwas wie gemeinsame Muster?**

Es gibt gemeinsame Momente. Eines besteht darin, dass die öffentliche Sichtbarkeit durch Protest eine große Rolle spielt: Man besetzt große Plätze, zeigt: "es gibt uns!" und formuliert damit Ansprüche an die Gesellschaft, in der man lebt. Diesem Beachtetwerden – der Anerkennung – kommt eine große Bedeutung zu.

Eine zweite wichtige Komponente ist, dass bei diesen Protestbewegungen zum ersten Mal die Internetkultur von Jugendlichen eine besondere Rolle spielt. Es ist frappierend, wie einfach es ist, sich durch soziale Netze zu mobilisieren, und wie wenig Organisiertheit im Sinne von klassischen Organisations- oder Parteistrukturen notwendig ist, um solche Proteste voranzubringen. Natürlich gibt es zahlreiche Formen der Kooperation und des Zusammenhalts in kleinen überschaubareren Zusammenhängen, die im Hintergrund wirken. Aber nichtsdestotrotz wäre eine schnelle Mobilisierung zu solchen Aktionen früher eine sehr aufwendige Veranstaltung gewesen, mit Agenda-Klärung, Aufrufen et cetera. Heute ist das durch diese Netzkultur sehr viel leichter möglich.

Ein dritter Faktor, der ins Auge springt: Diese Proteste sind unideologisch, insofern sie nicht von einer Agenda geprägt sind, die linksradikal oder kommunistisch oder islamistisch oder wie auch immer ausgerichtet wäre. Sondern sie sind in einer merkwürdigen Weise Suchbewegungen; sie geben sich auch nach Außen so, indem sie eigene Diskussionsforen schaffen und versuchen, eine direkte Demokratie, eine Versammlungsdemokratie zu praktizieren. Das ist sowohl in Kairo wie auch in Madrid sichtbar geworden. Dieser Versuch, Demokratie sich anders anzueignen, sie von unten neu zu erfinden, und das ein Stück weit gegen und in Opposition zu autoritärer Herrschaft, aber auch zu repräsentativen Formen, die als nicht repräsentativ erfahren werden, dieses demokratische Moment ist ebenfalls eine wichtige Gemeinsamkeit.

**Thema Internet-Generation: Eröffnet dieses gemeinsame Moment des Aufgewachsenseins in einer vernetzten Kultur der Kommunikation eine neue Dimension des Protests?**

Bislang galt: Soziale Bewegungen brauchen direkte Kommunikation. Sie brauchen Freundschaft, Nähe, die sich in Primärgruppen und in sozialen Netzwerken gelebter, direkter Art bilden kann. Das ist zwar nicht falsch, aber für unsere Jugendlichen ist es selbstverständlich geworden, regelmäßig mit einer größeren Gruppe von Freunden auf Facebook oder Twitter zu kommunizieren. Das mag man mit Blick auf die Kontrollkapazitäten und die kommerzielle Nutzung der Netze für entsetzlich naiv halten, auf der anderen Seite ist es eine Form der Vergesellschaftung, die Vertrauen bildet und die Voraussetzung schafft, dass diese schnelle Mobilisierung, dass Flashmobs und spontane Aktionen zustande kommen.

**Du schlägst in Deinem Buch auch eine Brücke zwischen den klassischen Demokratiebestrebungen und den Leitideen der Internetkultur, nämlich Transparenz und Weisheit der Vielen. Ist das ein neues Moment in den Protesten, dass diese Leitideen der Internetkultur zum Tragen kommen?**

Es ist noch viel interessanter. Denn es handelt sich um eine Wiederbelebung der Demokratie, wie sie im klassischen Athen schon eine zentrale Rolle spielte. Josiah Ober, ein US-Historiker, der sich intensiv mit der Praxis der attischen Demokratie auseinandergesetzt hat, identifiziert die "Weisheit der Vielen" als gemeinsames Muster der unterschiedlichen Demokratieformen, die damals praktiziert wurden: Es gab Versammlungsöffentlichkeit, es wurde gewählt, man hat

unterschiedliche Formen von Repräsentation praktiziert.

Dieser Formenreichtum der demokratischen Phase im klassischen Griechenland ist nun auf der Ebene des Internets gewissermaßen wiederentdeckt worden. Es sind also keine neuen Ideen – vielmehr stellt die Vorstellung von Demokratie, wie sie bei uns im Westen in der Nachkriegszeit dominierte, nämlich Mehrheitsentscheidungen und gewählte Repräsentaten, eigentlich eine Verkümmern der demokratischen Idee dar. Es ist eine minimalistische Version von Demokratie, die den ursprünglichen Grundgedanken keineswegs ausfüllt: Dass nämlich Demokratien eben deshalb besonders lern- und wandlungsfähig sind, weil Bürger intensiv und folgenreich mitreden dürfen, also ein sinnvoller Gebrauch von der Weisheit der Vielen gemacht wird. Diese Idee wird heute – nun nicht mehr auf der Ebene kleiner Stadtstaaten, sondern internetgestützt – wiederentdeckt. Das finde ich sehr interessant.

**Was bedeutet das für die Politik? Sind andere Zeiten angebrochen für die traditionelle Politik?**

Da sind Umbrüche im Gange, die sich vor allem über neue Gruppierungen vollziehen werden. Dies deshalb, weil die Alltagspraxis in den Parteien gegen diese radikaleren Formen von Öffentlichkeit gerichtet ist. Die politische Kultur, so wie wir sie kennen, macht nur sehr zögerlich von Internetkommunikation Gebrauch, und wenn, dann ist dies nicht eine Übernahme dieser Kultur, sondern ihre Anpassung an die hergebrachte Praxis. Und die übliche Logik von Willensbildung und Entscheidungsprozessen in Parteien ist weder auf Transparenz noch auf breite Beteiligung hin orientiert, sondern im Gegenteil auf Hinterzimmerentscheidungen, auf Durchsetzungsfähigkeit und Intransparenz. Ich denke, dass eine andere politische Generation notwendig ist, und das kündigt sich ja mit dem Erfolg der Piraten an, die radikaldemokratisch ausgerichtet sind – und das leuchtet vielen Leuten ein, die sich seit langem nicht mehr repräsentiert und wahrgenommen fühlen. Es braucht solche Gruppierungen, um eine Öffnung zu erzielen und eine allmähliche Annäherung zu ermöglichen. Ob das in dem bestehenden repräsentativen Rahmen möglich ist, wird sich zeigen.

**Du führst einen Begriff ein, der in unserer Demokratiekonstruktion so nicht vorgesehen ist: Bürgermacht. Was verstehst Du unter Bürgermacht?**

Ich erinnere damit an den Machtbegriff von Hannah Arendt und von Aristoteles, der auch für die attische Demokratie entscheidend war. Im Zentrum steht die Idee der gemeinsamen Handlungsfähigkeit bezogen auf öffentliche Angelegenheiten, jene Dinge also, die uns gemeinsam interessieren sollten. Bürgermacht heißt Steigerung der Handlungsfähigkeit in unseren gemeinsamen Angelegenheiten. Diesen Machtbegriff kennen wir aus Konzepten wie Empowerment und bürgerschaftlichem Engagement, nämlich die Gestaltung gemeinsamer Angelegenheiten durch Engagement und gemeinsame Aktivität.

Dem gegenüber steht ein staatszentrierter Machtbegriff, der auf Durchsetzungsfähigkeit durch Entscheidung von oben basiert. Er lehnt sich an die stark von Bürokratien geprägte Machtkonzeption von Max Weber an; hier geht es darum, für einen Befehl Gehorsam zu finden – gleichgültig, worauf die Motive, gehorsam zu sein, beruhen.

Der Unterschied besteht darin, dass es in diesem Weberschen Modell der Macht immer Machtlose und Mächtige gibt. Macht ist hier ein Nullsummenspiel, denn nur einer kann der Bestimmer sein, die anderen müssen sich unterordnen. Bürgermacht hingegen kennt dieses Nullsummenphänomen nicht. Im Gegenteil: Wir können immer mächtiger werden, in dem Maße, wie es uns gelingt, gemeinsam die gesellschaftlichen Verhältnisse entlang unserer Wünsche, Glücksvorstellungen und Ziele zu gestalten.

**Also Macht als etwas, das sich durch gemeinsamen Gebrauch vermehrt?**

Ja, das ist die Grundidee. Bürgermacht meint im Gegensatz zur Staatsmacht und dem Konzept des Staatsbürgers eben nicht Folgebereitschaft und Unterordnung, sondern rückt den Gestaltungsanspruch der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt. Das erleben wir im bürgerschaftlichen Engagement, in der Selbsthilfe wie auch in den Protesten, von denen wir gerade gesprochen haben.

**Und die Proteste wie die enorme Zunahme bürgerschaftlichen Engagements, wie wir sie in Form der NGOs erleben, zeigen, dass dieses Konzept auf dem Vormarsch ist?**

Mein Eindruck ist, dass die Sphäre der Bürgermacht in unseren Demokratien an Bedeutung gewinnt. Dass mehr Menschen davon Gebrauch machen. Damit entsteht eine ernsthafte Konkurrenz zu einem traditionellen Machtverständnis, das darauf beruht, dass wir Entscheider wählen und uns ihnen dann unterordnen, indem wir ihre Entscheidungen als bindend hinnehmen. Dieses Konzept, wie es in den 1950er- und 1960er-Jahren selbstverständlich war, hat heute an Gewicht, an Strahlkraft, an Überzeugungskraft deutlich verloren.

**Dein Buch ist im Untertitel eine Streitschrift für mehr Partizipation. Mehr Partizipation – wie kann das konkret aussehen?**

Beteiligung fängt im Kopf derer an, die gegenwärtig die Macht haben – in dem Sinne, dass sie eine Bereitschaft entwickeln, Beteiligungswünsche, die sich in Protesten äußern, ernst zu nehmen und Räume für deren Gestaltung freizugeben. Diese Bereitschaft muss aber erst einmal gestärkt werden. Es geht darum Menschen zu überzeugen: vor allem diejenigen, die einflussreicher sind, aber auch jene, die apathisch fern stehen und ihre Bürgerrolle resigniert ruhen lassen. In diesem Sinne gilt es für Partizipation zu streiten: Dazu ermutigen, sich zu beteiligen, etwas zu tun, den eigenen Ansprüchen, der eigenen Urteilsfähigkeit zu vertrauen und die eigenen Gestaltungswünsche ernst zu nehmen.

Also das zu realisieren, was das Wichtigste an Beteiligung ist: nämlich die Erfahrung zu machen, dass man selbst etwas bewirken kann. Dazu möchte ich einerseits ermutigen. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass Politik und die gesellschaftlichen Entscheidungskräfte gar nicht mehr in der Lage sind, die wesentlichen Probleme zu lösen – im Ökologiebereich, auf den Finanzmärkten und in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Jeder sieht, dass hier andere, neue Wege gegangen werden müssen. Es hilft nicht, weitere Experten anzustellen, sich mit ihren Argumenten zu munitionieren und entsprechende Entscheidungen in der Art einer Basta-Politik durchzudrücken. Sondern es gilt, einen sinnvollen Gebrauch von den Gestaltungsvorstellungen der Vielen zu machen, also Demokratie wiederzuentdecken. Nur so kann es zu den nötigen Verhaltensänderungen kommen.

**Dem steht aber starker Widerstand der etablierten Kräfte in der Gesellschaft entgegen.**

Ja, wir stehen vor einer breiten Phalanx elitärer Denkmuster: Die Masse ist dumm, wir Politiker aber sind eine kleine, aufgeklärte Minderheit. Oder: Die Welt ist so kompliziert, dass Bürger nicht entscheiden können, sondern allein Spezialisten. Dazu zählt auch das Argument, unsere repräsentative Demokratie sei das beste Modell, das wir je hatten, das wir nicht durch direkte Formen von Demokratie ruinieren dürften. Bezeichnend ist auch, dass die Frage von mehr Demokratie reduziert wird auf mehr Bürgerentscheide und Bürgerbegehren. Die können natürlich hilfreich sein, ob sie aber wirklich die Weisheit der Vielen zur Geltung bringen können oder sich auf gelegentliche Entscheidungen über Sachthemen reduzieren, hängt sehr von ihrer konkreten Ausgestaltung und Einbettung in eine demokratische Beteiligungskultur ab. Solche Verkürzungen und Abwehrhaltungen führen dazu, dass die Debatte über ein neues demokratisches Design, das vielfältige Beteiligungsformen sinnvoll kombiniert, nur mühsam vorankommt.

**Wie kann man diese Debatte voranbringen? Welche Formen, welche Möglichkeiten gibt es, um Bürgermacht auch experimentell, versuchsweise einzuüben, zu testen?**

Es gibt weltweit eine Suchbewegung. Demokratieexperimente gerade aus dem globalen Süden, allen voran aus Brasilien und Lateinamerika insgesamt, erfahren bei uns zu recht große Aufmerksamkeit. Sozialforen, Bürgerhaushalte, Bürgerforen – es ist weltweit ein enormer Formenreichtum demokratischer Experimente jenseits der repräsentativen Praxis und jenseits von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden entstanden. Das meiste davon zielt darauf, eine Debattenkultur zu entwickeln, also, wenn man so will, eine Aufwertung des Palavers, des Gesprächs, der öffentlichen Auseinandersetzung. Ziel ist es, einer vielstimmigen Beteiligung Raum zu geben. Diese Experimente machen deutlich: Es gibt viele Wege, die gut geeignet sind,

Bürgermacht zu stärken. Und gut geeignet, die Weisheit der Vielen zum Tragen kommen zu lassen.

Das ist der eine Weg: durch erfolgreiche praktische Schritte und die Propagierung dieser Praxis voranzukommen. Es wird aber auch immer wieder Proteste geben müssen. Stuttgart 21 hat ja eines überdeutlich gemacht: Die bescheidenen Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie grenzen relevante Teile der regionalen Bevölkerung von einem wichtigen Entscheidungsprozess aus und lassen das Gefühl zurück, nie wirklich gefragt worden zu sein, nicht mitreden zu können, obwohl es um einen massiven Eingriff in die Lebensbedingungen der dort lebenden Bevölkerung geht. Durch Protest klar zu machen, wir nehmen nicht alles hin, das gehört dazu.

**Klassisches Gegenargument: Es handelt sich nur um eine radikalisierte Minderheit!**

Dass dies nicht so ist, zeigt eine neue Studie der wenig verfänglichen Herbert-Quandt-Stiftung zum Thema Autorität. Dort wurde auch die Stuttgart 21-Frage gestellt. Demnach finden es heute Mehrheiten in Ordnung, auch formal korrekte Entscheidungen anzuzweifeln und durch Protest in Frage zu stellen. Bei den Jugendlichen sind es sogar zwei Drittel. Die Folgebereitschaft gegenüber einem Expertenkuratel und flankierenden repräsentativen Strukturen ist also deutlich gesunken. Die unten wollen nicht mehr so regiert werden. Nicht bei allen Themen. Nicht immer und überall. Ein Abschied von dem technokratischen Expertenmodell von Entscheidungen deutet sich an. Nicht zuletzt deshalb, weil dieses Modell zunehmend an seine Grenzen stößt und systematische Fehler offenkundig werden. Zum Beispiel, dass Experten systematisch nur ganz bestimmte Gesichtspunkte berücksichtigen – etwa das technisch Machbare – oder finanzkommerzielle Interessen in den Vordergrund schieben. Also nicht der billigsten oder besten Lösung zum Durchbruch verhelfen, sondern der einträglichsten. Diese Expertenkultur steht sehr im Zweifel.

**Du betonst auch einen Aspekt, der viel zu sehr unter dem Aspekt des Erhalts wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit diskutiert wird, wo es doch eigentlich darum geht, gleiche Voraussetzungen gesellschaftlicher Teilhabe erst zu schaffen, nämlich Bildung.**

Bildung ist für mich ein ganz zentrales Thema. Einmal, weil Bildung ein zentrales Argument gegen mehr Beteiligung geworden ist. Es besagt, dass die Form, über Wahlen politische Entscheider auszusuchen, noch am meisten Repräsentativität im Sinne der Beteiligung möglichst aller Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Wahlen seien die demokratischste Form. Je mehr hingegen Bürger mit der Erwartung konfrontiert würden, über bestimmte Sachthemen zu entscheiden, desto mehr werde dies zu einer Minderheitenherrschaft, nämlich der besser Gebildeten.

Das heißt: Das Elend unseres Bildungssystems, das es eben nicht schafft, Bildungsbenachteiligung auszugleichen, sondern diese sozialstrukturell bewahrt, dieses Elend wird zum Argument gegen mehr demokratische Teilhabe genutzt! Das finde ich empörend!

Empörender noch ist die Verwahrlosung und Vernachlässigung des Bildungssystems als einer zentralen Qualifikationsinstanz für Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur am Erwerbsleben, sondern auch am politischen Leben der Gesellschaft teilzuhaben. Bildung ist ein zentrales Mittel, um gesellschaftliche Teilhabe aller zu ermöglichen. Von diesem Versprechen aber sind wir weit entfernt. Unser Bildungssystem ist in den letzten 20, 30 Jahren sozial selektiver geworden. Bildung aber hat die Aufgabe, Bürgerschaft zu ermöglichen und die sozialen Voraussetzungen für Demokratie zu schaffen.

Und es gibt einen dritten Aspekt, der mich interessiert: Nämlich wie weit tragen Schulen dazu bei, Bürgerschaft zu vermitteln, also Citizenship Education zu betreiben? Das Interessante ist, dass heute ungefähr zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen in Verhandlungsfamilien aufwachsen; sie machen die Erfahrung, dass sie gefragt werden, wenn es um Entscheidungen in der Familie geht. Diese Erfahrung, gefragt zu werden und etwas mitgestalten zu können, machen in der Schule nur noch knapp über zehn Prozent. Die sogenannte demokratische Schulkultur ist für 85 bis 90 Prozent, je nach Altersgruppe, ein Fremdwort. Demokratie wird nicht erlebt, obwohl die Schule heute mit acht Stunden an den Ganztagschulen zum zentralen Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche geworden ist.



Die Schule versagt also systematisch bei dem Auftrag, junge Menschen auf ihre Bürgerschaft vorzubereiten. Nicht in dem Sinne vorzubereiten, dass sie in der Wahlkabine ein Kreuzchen machen können, dies können auch Analphabeten, sondern im Sinne von Mitwirken und Mitgestalten. Bildung ist die Vorbereitung zum Selbstgestaltenkönnen. Und damit eine wesentliche Voraussetzung von Bürgermacht.

Winfried Kretschmer ist Chefredakteur und Geschäftsführer von changeX.

© Foto: privat



**Roland Roth:**  
*Bürgermacht.*  
*Eine Streitschrift für mehr Partizipation.*  
edition Körber-Stiftung, Hamburg 2011,  
328 Seiten, 16 Euro,  
ISBN 978-3-89684-081-3

A vertical column of horizontal dotted lines on the right side of the page, intended for handwritten notes or comments.